

1. Lebenswelten

1.1 Jugend und Politik

Junge Menschen haben etwas zu sagen – und müssen gefragt und gehört werden. Denn von ihnen wird erwartet, die Gesellschaft der Zukunft zu prägen. Wer ernsthaft in Aushandlungsprozesse einbezogen wird, ist motiviert, sein Umfeld zu gestalten. Beteiligung funktioniert dann am besten, wenn sie in allen Bereichen praktiziert wird: etwa bei der Planung des Nahverkehrs, beim Bau neuer Wohnsiedlungen oder bei der Entscheidung, welche Schwerpunkte in öffentlichen Haushalten gesetzt werden. Eine wesentliche Stärkung der Rechte junger Leute ist die Absenkung des Wahlalters – ein Schritt, der sich vielleicht sogar positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken würde.

- *Wie steht Ihre Partei zur Absenkung des Wahlalters? Würden Sie einen erneuten Versuch, das Wahlrecht entsprechend zu ändern, unterstützen?*

1.1.1 Antwort:

Die NRWSPD setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre ein. Bereits in dieser Wahlperiode haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung eingebracht, der jedoch durch die Ablehnung von CDU und FDP nicht die erforderliche verfassungsändernde Mehrheit erhielt. Daher werden wir in der nächsten Wahlperiode einen neuen Anlauf starten, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken.

- *Was hält Ihre Partei von einer „einmischenden Jugendpolitik“, die die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen in Politik und Verwaltung stärker berücksichtigt – und zwar in allen Ressorts? Wie würden Sie dieses Anliegen voranbringen?*

1.1.2 Antwort:

Eine eigenständige Jugendpolitik hat einen besonderen Stellenwert für die NRWSPD. Wir wollen sie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Wir brauchen eine Politik für junge Menschen aus einem Guss, die politikfeldübergreifend gutes Aufwachsen ermöglicht. Jugendpolitik muss sich also auch nach unserer Auffassung überall dort einmischen, wo die Belange von Kindern und Jugendlichen betroffen sind. Da es sich dabei auch immer um Querschnittspolitik handelt, muss die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien intensiviert werden. In manchen Ressorts ist dies schon gut etabliert, in anderen werden wir weiter nachhaken. Auch Verwaltungshandeln und die damit verbundenen Gepflogenheiten lassen sich nicht von heute auf morgen ändern. Manches dicke Brett will noch gebohrt werden. Daran arbeiten wir weiter beharrlich.

- *Ist Ihre Partei bereit, einen sogenannten „Jugendcheck“ zu entwickeln und einzuführen, der die Vorhaben der Landespolitik auf ihre Folgen für junge Menschen überprüft?*

1.1.3 Antwort:

Wir beobachten die aktuelle Entwicklung eines Jugendchecks auf der Bundesebene mit großem Interesse. Dort wird versucht, einen solchen Check in alle zukünftigen Gesetzgebungsverfahren zu integrieren. Wir stehen einem solchen Instrument aufgeschlossen gegenüber, sehen allerdings auch die Gefahr, dass ein gut gemeinter Ansatz schnell zu einer bürokratischen Pflichtübung ohne gewinnbringenden Inhalt für die Kinder und Jugendlichen werden könnte. Gemeinsam mit den interessierten Verbänden und Organisationen wären wir aber gerne bereit, ein solches Instrument zu erproben und dann auch entsprechend auszuwerten.

- *Wird Ihre Partei die Kommunen auch in schwierigen Haushaltssituationen darin unterstützen, Ressourcen für politische Bildung bereit zu stellen, damit junge Menschen ein Verständnis für politische Partizipation entwickeln können?*

1.1.4 Antwort:

Wir wollen die politische Bildungsarbeit weiter stärken. Dafür werden wir die Landeszentrale für politische Bildung aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Wir handeln nach dem Prinzip „Politische Bildung für alle“. Neben der Landeszentrale für politische Bildung leisten Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, die außerschulische Jugendarbeit, Vereine und Verbände einen wichtigen Beitrag, um insbesondere junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen.

Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Deshalb werden wir neue Formate der Ansprache in der politischen Bildung entwickeln und dort ansetzen, wo die Menschen sind, nämlich im Quartier. Wir setzen verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt. Erste Mittel hierfür haben wir bereits im Rahmen unseres Integrationsplans zur Verfügung gestellt.

Die Ressourcen für politische Bildung ergeben sich dadurch, dass das Land Akteure in der politischen Bildungslandschaft fördert, auch selbst zum Beispiel Projekttag mit Schulen wie „Courage zeigen“ oder "Juniorteam - Werkstatt Europa" durchführt oder wie jüngst im Haushalt festgelegt, Mittel für die Erarbeitung eines lokalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus vergibt. Auch hier kann der Fokus auf der Vermittlung jugendpolitischer Bildung liegen.

Zur politischen Bildung gehört aber auch, die demokratischen Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Neben dem neuen Aufruf zur Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre werden wir die Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche in Land und Kommunen erweitern. Auf Grundlage der bereits etablierten Strukturen von Landesschülerinnen- und Landesschülervertretung, Landesjugendring und Kinder- und Jugendrat NRW soll eine landesweite Interessenvertretung der Jugendlichen aufgebaut werden.

Die NRWSPD unterstützt darüber hinaus die Kommunen, damit diese ihre Aufgaben – auch im Bereich der politischen Bildungsarbeit – eigenständig leisten können. Das Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation wird deshalb von uns seit dem Regierungswechsel im Jahr 2010 konsequent und mit höchster Priorität verfolgt. Die Sanierung und Verbesserung der kommunalen Haushalte und damit der Handlungsfähigkeit wird für uns auch zukünftig in jeder Hinsicht oberste Priorität haben.

1.2 Bildungsgerechtigkeit

Viele Studien sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die größte Unzulänglichkeit im deutschen Schulsystem die mangelnde Bildungsgerechtigkeit ist. Immer noch bestimmt die soziale Herkunft weitgehend die Chancen. Der gleichberechtigte Zugang zu guter Bildung ist eine zentrale Aufgabe aller Bildungspartner. Neben Schule und Kindertagesstätte sind die Angebote der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit wichtige Elemente einer umfassenden Bildung, die es zu stärken und zu optimieren gilt.

- *Hält Ihre Partei die bestehenden Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche für ausreichend?*

1.2.1 Antwort:

Eine ausführliche Antwort auf diese Frage würde den Rahmen von Wahlprüfsteinen sprengen. Das liegt zum einen daran, dass wir von einem erweiterten Bildungsbegriff ausgehen, in dem die schulische Bildung nur ein – wenn auch sehr wichtiges – Glied in der Bildungskette darstellt. Mindestens genauso wichtig ist der Bildungsort Familie, der in den aktuellen Debatten noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erhält. Der Bildungsort Kita ist unserer Auffassung nach das wichtigste Glied der öffentlich finanzierten Bildung. Ebenso unterschätzt wie die Familie werden die sogenannten Peers, die mehr oder weniger Gleichaltrigen der Kinder und Jugendlichen. Hinzu kommen die – vermutlich mit der Frage gemeinten – Angebote, die sich im Bereich der Jugendhilfe bewegen. All diese Bereiche – Familie, Peers, Kita, Schule, Kinder- und Jugendarbeit – bilden die jeweils individuell unterschiedliche Bildungskette, die vor den Institutionen der weiteren Bildung – höhere Schule, Berufsbildung und Hochschule – wirksam werden und weit vor den messbaren Abschlüssen die Weichen für Erfolg oder Scheitern stellen. Nur zum Teil unterliegen diese Bereiche dem staatlichen Einfluss des Landes bzw. der öffentlichen Förderung.

Zum anderen stellt sich die Frage, was „ausreichend“ sein soll. Für die NRWSPD ist klar, dass wir uns erstens der Tradition des Bildungsaufstiegs verpflichtet fühlen und wir zweitens auch der Auffassung sind, dass Jeder und Jede eine zweite oder auch eine dritte Chance verdient – völlig unabhängig vom persönlichen Hintergrund. Insofern können wir sagen, dass Bildungsangebote erst dann als ausreichend angesehen werden können, wenn alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben, ihre Bildungsziele unabhängig vom sozialen Status und/oder Elternhaus auch zu erreichen. Die Jugendsozialarbeit richtet ihr Augenmerk auf diejenigen, die am weitesten hiervon entfernt sind. Sie ist insofern derjenige Bereich der Jugendhilfe, der sozusagen die Grenzen des Bildungs- und Sozialsystems für Jugendliche auslotet. Gleichzeitig gibt er unserer Auffassung nach durch seinen radikal inklusiven Ansatz die Richtung vor, in die sich die anderen Bereiche der Bildung möglicherweise bewegen sollten, wenn sie die Zahl derjenigen, die am Bildungssystem zu scheitern drohen, ernsthaft absenken wollen. Es kommt also möglicherweise nicht so sehr darauf an, die Anzahl der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu erhöhen – das muss nicht zuletzt vor Ort entschieden werden –, sondern vor allem auf die Qualität und Tiefe der Angebote. Diese Überlegung soll nun nicht dazu führen, dass sich der Staat bis in die Konzeption von Kinder- und Jugendarbeit einmischet. Wir wollen vielmehr alle Akteure der Bildung einladen, ihre Angebote dahingehend zu überprüfen, ob wirklich alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Völlig unbenom-

men davon sehen wir weiterhin die Notwendigkeit, spezielle Zielgruppen auch mit speziellen Angeboten anzusprechen.

- *Ist mehr Bildungsgerechtigkeit für Ihre Partei eine herausgehobene Aufgabe?*

1.2.2 Antwort:

Ja, die SPD im Land und im Bund, versteht sich als Partei, die sich seit ihrer Gründung für Gerechtigkeit einsetzt. Dazu gehörte von Anfang an als zentraler Bestandteil auch Bildungsgerechtigkeit für diejenigen, denen die Privilegien nicht in die Wiege gelegt wurden. Hierzu gehört auch, der inakzeptablen Abhängigkeit individueller Bildungschancen von sozialer Herkunft von Anfang an entgegenzuwirken.

- *Welche Modelle wird Ihre Partei entwickeln, um dieses Ziel umzusetzen?*

1.2.3 Antwort:

Die NRWSPD will weiter gemeinsam mit den Akteuren im Land und vor Ort für mehr Bildungsgerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung arbeiten. Dabei können wir durchaus auf Erfolge zurückblicken, die uns zuversichtlich stimmen. Als Stichworte seien hier exemplarisch Projekte und Handlungsmaximen genannt, die für die SPD-geführte Landesregierung stilbildend waren: „Kein Kind zurücklassen“, „Kein Abschluss ohne Anschluss“, „Fit für die Zukunft – Gemeinsam Bildung erleben“ und „Ungleiches ungleich fördern“. Von der Kita bis zur Berufsausbildung wurden Modelle entwickelt, die sich konkret an den Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen, den Schnittstellen der Bildungsbiographien und den Gegebenheiten vor Ort orientieren. Gemeinsam mit den vorhandenen und weiteren Partnern wollen wir nach der Wahl 2017 daran anknüpfen. In dieser, wie auch in weiteren hier aufgeworfenen Fragen geht es aber auch darum, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Auch hier können wir auf Erfolge zurückblicken, an denen wir anknüpfen wollen. Als Stichworte seien hier nur die immensen Zahlungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, der Stärkungspakt Stadtfinanzen sowie weitgehende Entlastungen der Kommunen in einzelnen Politikfeldern (Kita, Schule, Verkehr etc.) genannt (vgl. auch Antwort zu Frage 1.1.4).

- *Welche Potenziale sieht Ihre Partei in diesem Kontext in der Jugendarbeit? Wie wollen Sie deren Angebote fördern?*

1.2.4 Antwort:

Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen den Angeboten der Jugendarbeit und der Schule ist die Freiwilligkeit auf der einen und die Pflicht auf der anderen Seite – bei der Freiwilligkeit soll es bleiben. Die Kinder- und Jugendarbeit stellt Orte, Räume und Zeiten zur Verfügung, die so oder so angenommen und ausgefüllt werden können. Dabei geht sie häufig und manchmal experimentell über diese hinaus und steckt damit die Grenzziehung zum Privaten, zum Schulischen oder anderen Bereichen beständig neu. Eigenaktivität und Eigensinn der Kinder und Jugendlichen sind hierbei von erheblicher Bedeutung. Sie stellen eine große Herausforderung dar, eröffnen aber auch immer neue Möglichkeiten. Selbstwirksamkeit soll dabei erfahren und somit auch erlernt werden.

Der Erfolg von Kinder- und Jugendarbeit wird häufig an der bloßen Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Angebotes oder an den Besucherzahlen einer Einrichtung bemessen – viele Diskussionen

um die Fördermittel vor Ort zeugen davon. Es geht aber auch und vor allem um die Qualität der Arbeit und darum, was die Menschen für ihr weiteres Leben dabei mitnehmen können, um die Beziehungsarbeit. Dies wird allzu häufig außer Acht gelassen. Wir werden die Jugendarbeit weiterhin über den Kinder- und Jugendförderplan fördern und die Mittel hierfür noch einmal um 20 Prozent erhöhen.

- *Welche Bedeutung haben dabei kommunale Bildungslandschaften und regionale Bildungsnetzwerke? Wie will Ihre Partei die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit darin verbessern?*

1.2.5 Antwort:

Dem allumfassenden Bildungsdiskurs, der viel zu häufig ausschließlich oder zumindest dominierend als Schuldiskurs geführt wird, begegnet die Jugendhilfe mittlerweile weniger hilf- und fassungslos als das vielleicht noch vor ein paar Jahren der Fall war. Die Angst vor der totalen Pädagogisierung des Alltags der Jugendlichen ist unserer Wahrnehmung nach einem gestärkten Selbstbewusstsein dafür gewichen, dass auch die Offenen Türen und die Jugendverbände mit ihren offenen Angeboten Orte und Räume der Bildung darstellen und sich nicht mit VHS-artigen Kursangeboten verrenken müssen, um erst zu solchen zu werden. Viele kommunale Bildungslandschaften sind nun auch eng – oder zumindest enger – mit der Jugendhilfe verwoben und zwar nicht nur, indem sie sie als günstige Dienstleister für den Offenen Ganztag ansehen. Der Bildungsbegriff ist – vielleicht auch durch den Schwerpunkt des Kinder- und Jugendförderplans der auslaufenden Förderperiode – mit eigenen Duftmarken der Kinder- und Jugendarbeit gefüllt worden. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten.

1.3 Rechtspopulismus

Wir treten gegen alle Einstellungen und Handlungen ein, in denen ein Unterschied zwischen „normalen“ und „anderen“ Menschen gemacht wird – egal, ob Kultur oder Religion, Nationalität oder Aufenthaltsstatus, Gesundheit oder Aussehen, Geschlecht oder sexuelle Identität als Begründung herangezogen werden. Vom Alltagsrassismus bis zu tätlichen Übergriffen ist rechte Gewalt ein Problem und eine Gefahr für alle, die frei und demokratisch zusammen leben wollen. Wir wollen eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt. Dazu gehört die volle Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Wir fordern eine Einwanderungspolitik, die jedem Menschen seine Rechte zugesteht. Wir wenden uns gegen eine Rhetorik voller Hass und Ausgrenzung.

- *Wie setzt sich Ihre Partei für die Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt ein? Welche Ressourcen sollen dafür zur Verfügung gestellt werden?*

1.3.1 Antwort:

Wir stehen auf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Nordrhein-Westfalen lebt Vielfalt in guter demokratischer Tradition. Ein tolerantes und solidarisches Miteinander ist die Grundlage für Zusammenhalt. Wir wollen diese Haltung insbesondere an die nächsten Generationen weitertragen. In der Demokratieerziehung leisten die Landeszentrale für politische Bildung, Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, die außerschulische Jugendarbeit, Vereine und Verbände einen wichtigen Beitrag, um insbesondere junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen.

Mit unserem umfassenden Handlungsprogramm gegen Rechtsextremismus fördern wir strukturiert die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Die Ausweitung der Förderung kommunaler Initiativen gehört genauso dazu wie die Stärkung der Opferberatungsstellen Rheinland und Westfalen, der fünf Mobilien Beratungen sowie des Ausstiegsprogramms NINA NRW und des Verfassungsschutzes.

Wo sich Hass und Hetze gegen Geflüchtete breit machen, sehen wir nicht weg. Daher bekämpfen wir ebenso entschieden weiterhin jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. An unser integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus werden wir anknüpfen und es anhand einer Evaluation im engen Austausch sowohl mit den staatlichen als auch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren fortschreiben. Ferner stärken wir auch unser Netzwerk von Servicestellen gegen Diskriminierung. Wer Gewalt anwendet oder zu Gewalt aufruft, wird dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Neben der bereits erwähnten Stärkung der politischen Bildungsarbeit wollen wir zudem die Erinnerungskultur fördern und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälischer Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen.

- *Wie bewertet Ihre Partei das von der Landesregierung verabschiedete Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus?*

1.3.2 Antwort:

Mit dem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus haben wir eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden sowie Initiativen und Projekten zusammengeführt, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen. Es strukturiert die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. In dem Konzept werden aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wobei wir insbesondere die Stärkung der Perspektive der Betroffenen und die Sensibilisierung für strukturelle Dimensionen des Rassismus als wichtige Elemente der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus und Rassismus erachten.

- *Was tut Ihre Partei konkret, um eine demokratische Kultur zur Abwehr von Diskriminierung zu schaffen? Welche Rolle spielen dabei zivilgesellschaftliche Organisationen?*

1.3.3 Antwort:

Insbesondere bei der Bekämpfung von religiösem wie politischem Extremismus als auch Diskriminierung spielt die Prävention eine immer wichtigere Rolle. Perspektiven eröffnen durch die Beseitigung von Armut, Bildungsmöglichkeiten eröffnen und Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen bieten die Basis, um Diskriminierung und Extremismus den Nährboden zu entziehen. Mit unseren NRW-Initiativen „Kurve kriegen“ und „klarkommen! Chancen bieten durch Prävention vor Ort“ fördern wir wichtige Vorbeugungsmaßnahmen. Unser Programm „Wegweiser – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus“ sowie das Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen verfassungsfeindliche Einstellungen in einem frühen Stadium.

Wir wissen, dass gerade junge Menschen anfälliger sind für die perfiden Anwerbeversuche extremistischer Propagandamaschinen. Um diese Hauptzielgruppe für die Vorgehensweisen und Maschen der Extremisten zu sensibilisieren, werden wir das Projekt „Extrem daneben“ auflegen. Ziel des Projektes ist es, alle Schülerinnen und Schüler der 10. und 11. Klassen in NRW zu erreichen. Begleitet werden sollen die Veranstaltungen von Vertretern des Verfassungsschutzes, von Persönlichkeiten aus der Internet-Szene und von Betroffenen selbst, die aus erster Hand ihre Erfahrungen mit dem Extremismus schildern.

Diskriminierung findet jedoch auf vielen Ebenen statt und betrifft Menschen unterschiedlichster Herkunft ebenso wie Geschlechter, Junge und Alte, Arme und Reiche. So wollen wir ein diskriminierendes Abschulen von Kindern verhindern, indem ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann. Auch der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und inter* Menschen (LSBT*I) werden wir weiterhin entgegenzutreten und uns für eine offene Gesellschaft engagieren. Mit unseren Antidiskriminierungs- und Aufklärungsstellen, -kampagnen und -projekten fördern wir Akzeptanz und treten Diskriminierungen aktiv entgegen. Wir setzen uns für ein weltoffenes und von Vielfalt geprägtes NRW ein und sehen diese gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung an. Ebenso bleibt es unser Ziel, strukturelle Diskriminierungen bei der Gremienbesetzung und bei den Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in Führungspositionen zu beseitigen. Der Öffentliche Dienst muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen. Die weitere Umsetzung der Frauenförderung im Öffentlichen Dienst werden wir begleiten und weiterhin dafür Sorge tragen, dass Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe paritätisch besetzt werden. Wir wollen auch hier Frauen stärker fördern. Dazu werden wir in den bereits bestehenden Gründerzentren Förder- und Beratungsprogramme etablieren, die sich speziell an Gründerinnen richten. Dies sind nur einige Beispiele, die wir erforderlich erachten, um Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu beseitigen. Dabei ist jedoch nicht nur die Politik gefordert, sondern die Zivilgesellschaft bis hin zu den Arbeitgebern. Anti-Diskriminierungsarbeit ist daher ganzheitlich zu sehen und bedarf des gemeinsamen Engagements aller Akteure.

- *Wie kann Antidiskriminierungsarbeit in der Politik zur Querschnittsaufgabe werden?*

1.3.4 Antwort:

Wir setzen uns für ein weltoffenes und von Vielfalt geprägtes NRW ein und sehen die gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung an. Damit Antidiskriminierungsarbeit zur Querschnittsaufgabe wird, wollen wir neben den genannten landespolitischen Initiativen insbesondere die Kommunen befähigen, ihr Engagement zusammen mit der Zivilgesellschaft auszubauen, um der Entstehung und Verfestigung von rassistischen und rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft entgegenzutreten. Unser erfolgreiches Pilotprojekt soll daher auf das gesamte Land ausgeweitet werden.

1.4 Freiräume für Kinder und Jugendliche

Junge Menschen brauchen Freiräume. Neben dem Lernen in Schule, Ausbildung und Hochschule benötigen sie Zeit, über die sie selbstbestimmt verfügen können – um Erfahrungen zu sammeln, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich zu engagieren. Die Landespolitik sollte zusammen mit den Kommunen dafür sorgen, dass junge Menschen Räume haben, in denen sie sich aufhalten und die sie gestalten können, ohne als Störenfriede wahrgenommen zu werden.

- *Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, dass die Zeiten im Schulalltag den Bedürfnissen der Lernenden angepasst werden?*

1.4.1 Antwort:

Diese Frage betrifft zwei Komponenten: Zum einen werden wir den Schülerinnen und Schülern wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen geben. Mit der Verlängerung der Sekundarstufe I von fünf auf sechs Jahre an den Gymnasien gleichen wir die Zahl der durchschnittlichen Wochenstunden am Gymnasium der aller anderen weiterführenden Schulen an. Außerdem kann dann jedes Kind einen Abschluss nach der zehnten Klasse machen. Auch G9 ist dann wieder an allen Schulen des Landes möglich. Wer bei G8 bleiben will, kann die Oberstufe individuell auf zwei Jahre verkürzen. Alle Schülerinnen und Schüler bekommen die Zeit, die sie für ihren individuellen Lernerfolg benötigen.

Darüber hinaus wollen wir das Thema Zeitsouveränität von Kindern und Jugendlichen im Schulalltag stärken. Daher soll das Thema Zeitsouveränität in den Schulkonferenzen aufgenommen und Mitwirkungsformate für Kinder und Jugendliche im Schulalltag zur Steigerung der individuellen Zeitsouveränität entwickelt und etabliert werden.

Mangels fundierter Kenntnisse über die Zeitbedürfnisse und zeitlichen Restriktionen von Kindern und Jugendlichen in NRW soll zudem eine wissenschaftliche Untersuchung dieser Fragestellungen erfolgen. Die Ergebnisse dieser Analyse sollen bei der zukünftigen Politik für Kinder und Jugendliche sowie Familien berücksichtigt werden.

- *Wie steht Ihre Partei dazu, wieder mehr Angebote zu ermöglichen, das Abitur nach neun Jahren abzulegen – etwa durch die vermehrte Gründung von Gesamtschulen?*

1.4.2 Antwort:

Der Gründung von Gesamtschulen mit einer gymnasialen Oberstufe stehen wir positiv gegenüber. Die direkte Umwandlung bestehender Haupt- und Realschulen in Schulen des längeren gemeinsamen Lernens werden wir ermöglichen. Gymnasien soll die Umwandlung in Gesamtschulen zumindest dann ermöglicht werden, wenn sie die einzige weiterführende Schule am Ort sind. Dazu gehört im ersten Schritt, dass ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern. Wir folgen dabei dem Grundsatz, dass jede weiterführende Schule die Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat. Ob und inwieweit im Rahmen des Schulkonsens schon eine Zweizügigkeit für die Gründung und den Fortbestand einer Sekundarschule, insbesondere im ländlichen Raum, als ausreichend betrachtet werden kann, wollen wir prüfen.

Außerdem wollen wir ein modernes Abitur an den Gymnasien einführen. Die von CDU und FDP eingeführte generelle Schulzeitverkürzung am Gymnasium (G8) ist gescheitert. Unser Ziel ist, den Kindern wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen zu geben. Dazu werden wir die Sekundarstufe I an Gymnasien wieder auf sechs Jahre verlängern. So reduzieren wir die Belastung der jüngeren Schülerinnen und Schüler und ermöglichen wieder einen qualifizierten mittleren Abschluss am Gymnasium. Durch eine Reform der gymnasialen Oberstufe führen wir die Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern ein. Sie entscheiden durch die Belegung von zusätzlichen Kursen am Ende der Sekundarstufe I oder alternativ durch ein zusätzliches Orientierungs- und Vertiefungsjahr, ob sie das Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren

machen wollen. Unser Modell ermöglicht jedem Schüler und jeder Schülerin einen individuellen Weg zum Abitur. Jedes Kind bekommt mit uns die Zeit, die es braucht.

- *Was hält Ihre Partei von der Einführung eines gemeinsamen freien Nachmittags an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen?*

1.4.3 Antwort:

Wir stehen der Forderung positiv gegenüber, mittelfristig in den Schulen in NRW landesweit einen freien Nachmittag pro Woche verbindlich einzuführen. Sofern daraus ein Kinderbetreuungsbedarf für berufstätige Eltern entsteht, soll dieser durch entsprechende Angebote sichergestellt werden.

- *Wird sich Ihre Partei in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass die Schulferien und die vorlesungsfreie Zeit an den Hochschulen sich ausreichend überschneiden, um ein Engagement von Studierenden in Ferienfreizeiten zu ermöglichen?*

1.4.4 Antwort:

Die NRWSPD unterstützt Anstrengungen, die Schul- und Semesterferien in NRW noch weiter zu synchronisieren.

- *Welche weiteren Ideen hat Ihre Partei, um das Ehrenamt von Auszubildenden, Schüler_innen und Studierenden zu fördern?*

1.4.5 Antwort:

Ehrenamtliches Engagement setzt voraus, dass Aktive auch über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, ihre Zeit für das Ehrenamt einzusetzen und in dieser Zeit nicht etwa Nebenjobs nachgehen zu müssen. Daher ist es unerlässlich, die soziale Lage von Auszubildenden und Studierenden zu verbessern. Deshalb werden wir darauf drängen, dass die Verkehrsverbünde ein vergünstigtes Ticket für Azubis – gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern und analog zum Semesterticket – anbieten und für die Schaffung von günstigem Wohnraum für Auszubildende (beispielsweise auch in Wohnheimen) sorgen. Wir werden uns im Bund für die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und für eine Ankündigungsfrist bei beabsichtigter Nichtübernahme nach der Ausbildung stark machen. Damit erhöhen wir für Auszubildende die Planbarkeit. Insbesondere für junge Mütter und Väter wollen wir für eine verstärkte Förderung von Teilzeitberufsausbildung eintreten. Hierzu werden wir im Land unsere erfolgreichen Projekte fortsetzen und, wo nötig, ausweiten.

Mit Blick auf das Engagement von Studierenden bleibt die Ablehnung jeglicher Formen von Studiengebühren für die Hochschulen in NRW Grundlage unserer Politik. Gegenüber dem Bund setzen wir uns zudem dafür ein, dass das BAföG weiterhin bedarfsgerecht angepasst und dynamisiert wird. Zudem machen wir uns für die weitere Flexibilisierung des BAföG stark: Die Gruppe der Bezugsberechtigten muss erweitert werden und wir brauchen tragfähige Lösungen für Menschen, die sich im Übergang zwischen zwei Studiengängen befinden oder beispielsweise in Teilzeit studieren. Darüber hinaus bedarf es unserer Auffassung nach einer Gleichstellung des gesellschaftspolitischen Engagements in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG mit dem hochschulpolitischen Engagement.

2. Zielgruppen

2.1 Junge Geflüchtete

Durch die Ankunft geflüchteter Menschen in Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen vielerorts deutlich erhöht. In einem gewaltigen Kraftakt haben die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit durch Projektmittel des Landes vielfältige Freizeitangebote zur Integration junger Geflüchteter auf die Beine gestellt. Vor Ort laufen unterstützt von ehrenamtlichem Engagement zahlreiche Projekte, die einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten. Gleichzeitig sind die pädagogischen Standards wegen der überlasteten Strukturen nicht überall gewährleistet.

- *Wie wird sich Ihre Partei für die Einhaltung der Kinderrechte für geflüchtete Kinder und Jugendliche einsetzen?*

2.1.1 Antwort:

Rund 30 Prozent der zu uns kommenden Schutzsuchenden sind maximal 18 Jahre alt, ein weiteres Viertel ist nicht älter als 25. Damit wird deutlich, dass der Integration von Kindern und Jugendlichen und der Einhaltung ihrer Rechte allein schon quantitativ eine enorm hohe Bedeutung zukommt. Unsere Erfahrungen auch außerhalb der Zuwanderungspolitik zeigen, dass das Fundament für eine erfolgreiche Integration nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für deren Familien, die Teilhabe an einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem sowie einer anspruchsvollen Kinder- und Jugendpolitik bilden. Damit kommen wir auch ihren Rechten nach.

Erfolgreiche Integration beginnt so früh wie möglich. Bei jungen Kindern sind die Kindertagesstätten das erste und entscheidende Glied der Bildungskette. Hier können Sprache, Kulturtechniken und wichtige Vorläuferfähigkeiten zur schulischen, beruflichen und akademischen Bildung systematisch vermittelt werden. Im Jahr 2016 haben wir 20 Millionen Euro für die Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien bereitgestellt. Daraus werden vorrangig sogenannte „Brückenprojekte“ gefördert, also niedrigschwellige Betreuungsangebote, die Kinder und ihre Eltern an institutionalisierte Formen der Kindertagesbetreuung heranführen und in denen die Kinder bereits während dieser Zeit gezielt und nach ihren spezifischen Bedürfnissen gefördert werden.

Gleichzeit brauchen geflüchtete Familien gute Aufnahmebedingungen und die Unterstützung der Eltern, damit die Integration ihrer Kinder gelingen kann. Eltern-Kind-Angebote stärken die Erziehungs- und Alltagskompetenz und tragen dazu bei, die geflüchteten Familien in die jeweiligen Sozialräume einzubinden. Hierfür haben wir mit dem im Dezember 2015 verabschiedeten fünften Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gemacht.

Ebenso haben wir Einrichtungen der Familienberatung mit ausgewiesener Fachlichkeit zur psychosozialen Unterstützung für geflüchtete Familien sowie Einrichtungen der Familienbildung mit integrativen Angeboten wie Eltern-Kind-Gruppen, Deutschkursen und nachbarschaftlichen Netzwerken gefördert und

Familienzentren gestärkt, die mit ihrer bestehenden Vernetzung mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren frühe oder niedrigschwellige Angebote an Flüchtlingsfamilien richten.

Neben dieser Förderung, um gelingende Integration nach Fluchterfahrung von Kindern und Jugendlichen aktiv durch eine systematische und gesteuerte Integrationsarbeit zu unterstützen, ist es das Ziel unserer Integrationspolitik, die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Menschen in unserem Land sicherzustellen. Um speziell die Rechte von allen Kindern zu stärken und ihren Schutz zu verbessern, unterstützt die NRWSPD die Bestrebungen, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Denn bisher spielen Kinder im Grundgesetz nur eine Nebenrolle. Als Hauptpersonen treten sie in unserer Verfassung nicht auf. Das müssen wir ändern. Kinder haben eigene Meinungen, Wünsche und Bedürfnisse. Wir müssen ihre Rechte da festschreiben, wo die Pfeiler unseres Zusammenlebens geregelt sind: Bei den Grundrechten im Grundgesetz.

- *Wie will Ihre Partei die Mittel für (sozial-)pädagogische Angebote für junge Geflüchtete in Zukunft strukturell absichern?*

2.1.2 Antwort:

Das Fundament für eine erfolgreiche Integration, nicht nur für Kinder und Jugendliche, ist – wie bereits ausgeführt - die Teilhabe an einer qualitativ hochwertigen Bildungskette. Daher machen wir unser Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung fit für die Integration, öffnen es auf allen Ebenen weiter für Geflüchtete und bauen Zugangshürden weiter ab. Dafür wollen wir aus der Präventionskette auch eine Integrationskette machen und die bereits geschaffenen zusätzlichen Plätze in den Kindertageseinrichtungen und der offenen Ganztagsbetreuung, die zusätzlichen Lehrkräfte in Schulen sowie die Ausweitung der individuellen Beratungs- und Förderangebote in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und in der Aus- und Weiterbildung bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus sind selbstverständlich auch die Angebote der non-formalen und informellen Bildung essenziell für diese Zielgruppe. Vielfach sind hier nämlich die Zugänge einfacher.

Ungeachtet dessen können wir an die positiven Erfahrungen aus Förderprogramm zur Integration junger Geflüchteter in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit anknüpfen. Hier werden minderjährige Flüchtlinge an die Regelangebote herangeführt mit dem Ziel, sie zu integrieren. Es ist beabsichtigt, solche Programme bedarfsgerecht wieder aufzulegen und gleichzeitig die Integration in vorhandene Angebote zu stärken. Uns ist bewusst, dass für diese Vorhaben auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir sind dabei überzeugt: Diese Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind nicht nur notwendig, sondern werden sich in der Zukunft auszahlen.

Wie engagiert sich Ihre Partei für die Gleichstellung junger Geflüchteter mit einheimischen Kindern und Jugendlichen?

2.1.3 Antwort:

Wir sorgen für die Gleichstellung junger Geflüchteter mit einheimischen Kindern und Jugendlichen, indem wir einen durch den bedarfsgerechten Ausbau unserer Bildungsinfrastruktur und dem damit ver-

bundenen Abbau von Zugangshürden jungen Geflüchteten die gleichen Bildungschancen ermöglichen und ihnen so auch den Weg in einen „normalen“ Alltag öffnen, in dem sich Freundschaften bilden, gemeinsame Hobbys herauskristallisieren und vermeintliche Grenzen verschwinden.

- *Worin besteht nach Auffassung Ihrer Partei die Aufgabe der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit bei der Integration junger Geflüchteter?*

2.1.4 Antwort:

Offene, verbandliche und kulturelle Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, der erzieherische Kinder- und Jugendschutz sowie die landeszentralen Fachstellen können einen wichtigen Beitrag zu gelingender Integration leisten. Minderjährige Flüchtlinge brauchen bei der Bewältigung ihrer fluchtbedingten Belastungen Unterstützung. Sie müssen an die Regelangebote herangeführt werden, um sich mit deren Unterstützung integrieren zu können. Neben konkreten Angeboten geht es weiter um die systematische Öffnung der Regelstrukturen, etwa durch die Qualifizierung der Fachkräfte. Dafür haben wir im Haushaltsjahr 2016 zusätzlich 3,5 Millionen Euro zur Unterstützung der Aufgaben der Träger und zur Deckung der Bedarfe der örtlichen Gliederungen zur Verfügung gestellt. Auch zukünftig werden wir diese Strukturen bedarfsgerecht unterstützen, damit die Angebote nicht zulasten der originären Aufgaben gehen. Hierzu gehört auch die Ausweitung der Hilfen für traumatisierte geflüchtete Kinder. Denn sowohl Jungen als auch Mädchen sind in ihren von Krieg zerrütteten Herkunftsländern oder auf ihrem Fluchtweg durch sexuelle Übergriffe (häufig wurden Mädchen auch Opfer von Genitalverstümmelung) gefährdet.

Präventionskonzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt sind pflichtige Elemente beim Betrieb von Jugendhilfeeinrichtungen. Durch die gegenwärtige erhebliche Belastung des Systems der Unterbringung und Betreuung im Rahmen der Jugendhilfe und der damit verbundenen erhöhten Anforderungen an den Schutz der in diesem System betreuten Kinder und Jugendlichen bedarf es einer zusätzlichen Unterstützung bei der Prävention vor sexualisierter Gewalt. Auch die speziellen Bedürfnisse von Jugendlichen mit LSBTTI*-Hintergrund müssen hier berücksichtigt werden. Wir setzen auf den Ausbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung vorhandener Schutzkonzepte zur Prävention sexualisierter Gewalt in der Jugendhilfe sowie die kontinuierliche Qualifikation von Fachkräften in diesem Bereich.

Jugendarbeit und -sozialarbeit sind aufgrund ihres Bildungsauftrags auch wichtige Handlungsfelder für die Vermittlung gesellschaftlicher Werte und Normen. Dabei sind die Themen Gleichberechtigung, Gendergerechtigkeit und sexuelle Vielfalt nur einige von vielen Querschnittsthemen in diesem Bereich. Diese Angebote müssen zielgerichtet weiterentwickelt werden, um damit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertevermittlung zu leisten.

2.2 Sexuelle Orientierungen

Sexualität, Geschlechtlichkeit und sexuelle Orientierung sind ein wichtiges biografisches Thema in der Jugendphase – und damit auch in der Jugend- und Jugendsozialarbeit. Manche Jugendliche sind homosexuell, andere fühlen sich nicht automatisch dem Geschlecht zugehörig, dem sie zugeordnet werden. Die besonderen Lebenslagen und Bedarfe schwuler, lesbischer, bisexueller sowie trans* und inter* Jugendlicher sind durch die vom Land geförderten Fachstellen sichtbarer geworden. Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit kooperieren eng mit diesen Fachstellen,

bilden sich fort und zeigen sich offen für die Vielfalt sexueller Orientierungen.

- *Für wie selbstverständlich hält Ihre Partei das Thema der sexuellen und geschlechtlichen Selbstbestimmung?*

2.2.1 Antwort:

Für völlig selbstverständlich! Wir setzen uns für ein weltoffenes und von Vielfalt geprägtes NRW ein und sehen diese gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung an. Dazu gehört es nicht nur, die sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung zu fördern, sondern auch der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI) weiterhin entgegen zutreten und sich für eine offene Gesellschaft aussprechen. Dies unterstützen wir etwa mit unseren Antidiskriminierungsstellen und -kampagnen.

- *Was schlägt Ihre Partei vor, um in der Kinder- und Jugendarbeit gegen Homo-, Trans*- und Inter*phobie vorzugehen?*

2.2.2 Antwort:

Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik hat NRW die SPD-geführte Landesregierung bereits ein Bündel von Maßnahmen ergriffen. So fördert das Familienministerium mit den beiden Vernetzungsstellen „Jugendfachstelle“ und „gerne anders“ den Ausbau der LSBTTI-Jugendarbeit in NRW, eine Reihe von Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie die Fort- und Weiterbildung der sogenannten Regelstrukturen der Jugendhilfe. Hinzu kommt, eine Landeskoordinierungsstelle des schwul, lesbisch, bi und trans* Schulaufklärungsprojekt SchLAu NRW. d. Flankiert wird diese schulische Aufklärungsarbeit durch das Projekt „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“. Die Förderung der vielfältigen Initiativen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, trans- und intersexuellen Menschen (LSBTTI) werden wir fortführen und die Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homophobie weiter forcieren. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass LSBTTI und ihre besonderen Lebenslagen auch in Regelstrukturen (vor allem Jugendhilfe, Kindertagespflege, Familienberatung, Schule und Pflege) angemessene Berücksichtigung finden und die Akteure den Abbau von Homo- und Trans*feindlichkeit als Querschnittsaufgabe erkennen.

- *Was meint Ihre Partei zur Einführung einer weiteren Geschlechtskategorie „divers“ in Statistiken? Halten Sie die Erfassung eines dritten Geschlechts bei Erhebungen in der Kinder- und Jugendarbeit für sinnvoll und machbar?*

2.2.3 Antwort:

Die Erfassung des „richtigen“ Geschlechts ist kein originäres Problem der Kinder- und Jugendarbeit, sondern tritt in unserer Gesellschaft an vielen Stellen auf. Prominente Beispiele sind vor allem diejenigen staatlichen Stellen, die sich mit dem Pass- und Meldewesen befassen. Hier geht es – im Gegensatz zur Kinder- und Jugendhilfe - nicht „nur“ um Fragen der Statistik, sondern um individuelle Zuschreibungen, die folgenreich sein können. Ungeachtet dessen ist es aber ein offensichtliches Problem der zielgruppenorientierten Kinder- und Jugendarbeit für Trans*menschen, dass die Zuschreibungen und Konstrukte, die mit den Kategorien „männlich“ und „weiblich“ benannt werden, nur teilweise oder gar nicht zutreffen. Dennoch steht auch dieser Arbeitsbereich in der Pflicht, seine Aktivität zu dokumentieren. Wenn wir die fachlichen Debatten richtig verfolgen, scheint es bisher nicht den einen Königsweg in dieser Frage zu

geben. Eine Kategorie „divers“ löst nur scheinbar das Problem, weil auch diese Bezeichnung nicht unbedingt für alle diejenigen zutrifft, die sich weder als „männlich“ noch als „weiblich“ kategorisieren lassen. Die Kinder- und Jugendhilfe sollte hier keinen eigenen Weg gehen, sondern sich an den fachlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen orientieren. Jedoch sehen wir durchaus die Option, das Geschlecht nur dann abzufragen, wenn dies zwingend erforderlich ist.

2.3 Mädchen- und Jungenarbeit

Mädchen- und Jungenarbeit sowie die Strategie des Gender Mainstreaming sind im Kinder- und Jugendfördergesetz des Landes gesetzlich verankert. Darüber hinaus haben sich genderpädagogische Konzepte dahingehend entwickelt, dass der Begriff Geschlecht um zusätzliche Kategorien erweitert und mit diesen zusammengedacht wird. Trotz zahlreicher Fortschritte bedarf es nach wie vor einer verbindlichen Umsetzung der Querschnittsaufgabe Gender. Eine Qualifizierung pädagogischer Strukturen und Praxen ist notwendig, um mehr Geschlechtergerechtigkeit, Diversität, Wahlfreiheit, Vielfalt von Lebensentscheidungen und sexuellen Orientierungen sowie Räume für Respekt und Anerkennung zu ermöglichen.

- *Was plant Ihre Partei, um die verbindliche Umsetzung von Mädchen- und Jungenarbeit voranzubringen?*

2.3.1 Antwort:

Jungen und Mädchen sind nicht gleich. Sie haben unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Ihnen gleiche Chancen für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu geben kann daher nur gelingen, wenn diese Unterschiede in der Kinder- und Jugendarbeit erkannt und durch geschlechterspezifische Angebote für Mädchen und Jungen zum Ausgangspunkt pädagogischen Handelns gemacht werden.

Eine gendergerechte Förderung durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe ist daher eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Zugangschancen zu den Bildungsressourcen und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Es ist daher unser Ziel, die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz so weiterzuentwickeln, dass in allen Angeboten die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen tragende Elemente der Konzeptionen sind. Daher werden überörtlich wirkende Träger für geschlechtsspezifische und am Gender Mainstreaming orientierte Kinder- und Jugendarbeit gefördert.

An diese Förderung knüpfen wir die Erwartung, dass diese Träger Konzepte entwickeln und anbieten, die auf die Entwicklung einer geschlechtersensiblen Kinder- und Jugendarbeit hinwirken. Um darüber hinaus weitere Impulse für dieses Ziel zu ermöglichen, werden Projektmittel bereitgestellt. Es werden Angebote gefördert, die neue Ansätze der geschlechtsspezifischen Kinder- und Jugendarbeit entwickeln und erproben, bzw. zu einer stärkeren Verbreitung von geschlechtsspezifischen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit beitragen.

- *Welche Schwerpunkte und Perspektiven sieht Ihre Partei in diesem Themenfeld für die nächste Legislatur?*

2.3.2 Antwort:

Es gilt die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen in den Blick zu nehmen, ohne dabei stereotype Rollenvorstellungen zu reproduzieren und zu verfestigen. Eine geschlechtersensible Kinder- und Jugendpolitik bedeutet aber auch, dass Mädchen genauso wenig eine homogene Gruppe darstellen wie Jungen. Darüber hinaus gilt es in den Blick zu nehmen, dass nicht alle Kinder und Jugendlichen sich statisch einem Geschlecht zuordnen wollen oder können. Die geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit ist in NRW sehr gut aufgestellt – auch im bundesweiten Vergleich. Der Geschlechterdiskurs ist in der praktischen Jugendarbeit angekommen und prägt eine Vielzahl der Angebote. Die landesgeförderten Landesarbeitsgemeinschaften Mädchenarbeit und Jungenarbeit sowie FUMA – Fachstelle Gender leisten wichtige Beiträge, wenn es um die weitere Verbreitung und die Weiterentwicklung bestehender gendersensibler, pädagogischer Konzepte geht. Gelingende Mädchen- und Jungenarbeit kann dabei nur in einem Miteinander funktionieren. Gendersensible Mädchen- und Jungenarbeit soll Mädchen und Jungen verstärkt dabei unterstützen, gesellschaftlich angebotene Entwürfe von Männlichkeit und Weiblichkeit zu reflektieren. Nur so erhalten sie die Möglichkeit, selbstverantwortlich mit ihrem eigenen Rollenverständnis umzugehen und dieses zu erweitern. Unter diesen Voraussetzungen kann die Geschlechterdemokratie mit Leben gefüllt und ein die sexuelle Selbstbestimmung und Identität wahrer gesellschaftlicher Genderdialog angestoßen werden.

- Was tut Ihre Partei für die Umsetzung der Querschnittsaufgabe Gender und einer geschlechtergerechten Verteilung der Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan? - Inwieweit haben intersektionale und queere Diskurse Eingang in die jugend- und geschlechterpolitischen (Wahl-)Programme Ihrer Partei gefunden?

2.3.3 Antwort:

Um die Querschnittsaufgabe Gender zu unterstützen und den Grundsatz „Gleiche Rechte, gleiche Chancen für Jungen und Mädchen“ auch mit Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan zu unterstützen, stehen hierfür im aktuellen Kinder- und Jugendförderplan 1,23 Millionen Euro bereit. Diese Mittel wollen wir in kommenden Kinder- und Jugendförderplan im Rahmen der 20-prozentigen Erhöhung anpassen. Eine geschlechtergerechte Verteilung der Mittel über die genannten Mittel hinaus setzt entsprechende Anträge der freien und öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendarbeit voraus.

Die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ist Kerngedanke sozialdemokratischer Politik. Ebenso zentral ist für uns die Gleichstellung unterschiedlicher Lebensentwürfe und sexueller Orientierungen. Daher thematisieren wir die Gleichstellung und die dafür erforderlichen Maßnahmen nicht nur in einem eigenen Kapitel in unserem NRW-Plan. Gleichstellung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit ziehen sich konsequent wie ein roter Faden durch unserer Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre.

- Wie steht Ihre Partei zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendfördergesetzes, um den veränderten Geschlechter- und Beziehungskonzepten von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen?

Nach Auffassung der NRWSPD trägt das aktuelle Kinder- und Jugendfördergesetz den veränderten Geschlechter- und Beziehungskonzepten von Kindern und Jugendlichen Rechnung und ermöglicht eine entsprechende zielgruppenorientierte und bedarfsgerechte Kinder- und Jugendarbeit.

- Was tut Ihre Partei für die Entwicklung einer Kinder- und Jugendpolitik, die komplexe Diskriminierungsverhältnisse, Diversität und Vielfalt als Ressource anerkennt?*

2.3.5 Antwort:

Wir nehmen Kinder und Jugendliche ernst. Wir verstehen sie als Heranwachsende, die ihr Leben selbst gestalten wollen und können und die dafür geeignete Rahmenbedingungen und Unterstützung vorfinden müssen. Indem wir Kindern und Jugendlichen mehr Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Politik und ihres Lebensumfeldes ermöglichen, können Diversität und Vielfalt nicht nur als Ressourcen anerkannt werden, sondern unmittelbar und gewinnbringend in Gestaltungsmöglichkeiten einfließen. So lassen sich auch komplexe Diskriminierungsverhältnisse beseitigen.

3. Rahmenbedingungen

3.1 Kinder- und Jugendförderplan

Die Träger der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit begrüßen, dass die Gesamtförderung des Landes durch den Kinder- und Jugendförderplan jeweils für eine Legislaturperiode festgelegt ist. Dies schafft Planungssicherheit. Zugleich ist damit verbunden, die Ausstattung des Kinder- und Jugendförderplans jeweils an absehbare Preis- und Kostensteigerungen sowie erhöhte fachliche und quantitative Anforderungen anzupassen. Die Ausgaben des Landes für Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit stagnieren seit Jahrzehnten und werden statisch für die jeweils nächste Wahlperiode neu festgelegt. Parallel nehmen aber die qualitativen und quantitativen Ansprüche an die (sozial-)pädagogische Praxis zu: etwa beim Bundeskinderschutzgesetz, beim Thema Inklusion, bei der Arbeit mit jungen Geflüchteten. Obwohl die Landesregierung 2011 die drastische Kürzung des Kinder- und Jugendhilfeplans von 2004 zurückgenommen hat, führen allgemeine Kostensteigerungen faktisch zu einer ständig sinkenden Finanzausstattung. Dies beeinträchtigt vielerorts spürbar die Qualität und Quantität der Angebote.

- *Welche inhaltlichen Schwerpunkte will Ihre Partei im Kinder- und Jugendförderplan der kommenden Wahlperiode setzen? Wo sieht sie Entwicklungsbedarfe?*

3.1.1 Antwort:

Wir würden uns wünschen, dass der kommende Kinder- und Jugendförderplan als Einladung verstanden wird, die eigenen Aktivitäten auf exklusive Elemente hin zu untersuchen. Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe sollten in ihrer Gesamtheit alle Kinder und Jugendlichen ansprechen und niemanden ausschließen.

- *Wird Ihre Partei die Höhe der bisherigen Landesmittel nach der Wahl bestehen lassen, kürzen oder weiter ausbauen? Wie steht sie zu einer Dynamisierung und Anpassung der Förderung im Verlauf einer Legislaturperiode?*

3.1.2 Antwort:

Wir schließen uns der Forderung der Jugendverbände an und möchten die Mittel um 20 Prozent erhöhen. Ein klares Signal in diese Richtung haben wir bereits mit der Erhöhung des Ansatzes im Haushaltsplan 2017 gegeben. Eine Dynamisierung birgt unserer Auffassung nach Möglichkeiten, aber auch Gefah-

ren. Uns ist es bislang am liebsten, dass unmittelbar im ersten Jahr eines neuen Kinder- und Jugendförderplans die Erhöhungen spürbar werden und sie nicht erst im Laufe der Förderperiode aufwachsen. Dahingehenden Gesprächen mit den Akteuren werden wir uns aber nicht verschließen.

- *In welchem zahlenmäßigen Verhältnis sollen nach Meinung Ihrer Partei Struktur- und Projektförderung zueinander stehen?*

3.1.3. Antwort:

Ein genaues Zahlenverhältnis kann hier nicht pauschal angegeben werden. Uns ist es jedoch nach vielen Signalen der Akteure wichtig, dass es hinreichend strukturelle Mittel gibt, damit die alle Mittelnehmer eine bessere Planungssicherheit haben und personell in der Lage sind, Anträge auf Projektförderung zu stellen. Ansonsten wäre die Projektförderung ein Privileg für entsprechend große Player. Umgekehrt sind die Projektmittel aber auch diejenigen Mittel, mit denen das Land eigene Impulse für die Kinder- und Jugendhilfe setzen kann. Außerdem sichern sie Errungenschaften wie die überjährige Finanzierung oder auch die direkte Beantragung. Wir sind und bleiben hierzu mit den Akteuren im Gespräch.

- *Welche der derzeitigen Sonderprogramme sollten nach Auffassung Ihrer Partei in den Kinder- und Jugendförderplan integriert werden?*

3.1.4 Antwort:

Die Zielrichtung der Frage ist etwas unklar. Es ist nicht beabsichtigt, den Kinder- und Jugendförderplan besonders mit Aufgaben zu belasten, die bisher in Sonderprogrammen gefördert wurden. Sollten sich Bedarfe für Sonderprogramme ergeben, so werden diese entsprechend aufgelegt und finanziert werden. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zur Frage 2.1.2.